

Die Wirtschaft im Lichte der Konjunkturforschung.

Erhöhung der Kaufkraft das dringendste Problem.

Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht in seinem letzten Vierteljahrsbericht eine Uebersicht über den Konjunkturverlauf der einzelnen Wirtschaftszweige während der letzten Monate. Zusammenfassend läßt sich der Konjunkturverlauf wie folgt feststellen:

Die deutsche Produktionsziffer, Produktion im Jahre 1928 gleich 100, erreichte ihren tiefsten Stand im August 1932 mit 88,5. Bis November 1932 stieg der Produktionsindex auf 92,3, seitdem fällt er wieder. Im Dezember 1932 fiel der Produktionsindex auf 91,2. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Bekleidung der deutschen Wirtschaft während des Sommers 1932 nichts anderes als eine Folge der Bekleidung an den großen Rohstoffmärkten (Steigerung der Preise für Wolle, Baumwolle, Kupfer, Gummi usw.) war.

Seitdem die Kaufkraft an den Rohstoffmärkten vermindert ist, weil der letzte Verbraucher nicht genügend aufnahmefähig war und weil die Bekleidung in der Weltwirtschaft auf starke Hindernisse (Schuldenverhandlungen, amerikanische Präsidentenwahl, östlich-japanischer Konflikt, Steigerung des Zollprotektionismus usw.) stieß, hat auch die Bekleidung der deutschen Wirtschaft wieder nachgelassen. Daran können besonders die Bestimmungen, z. B. der Weltzollabgabe an Kohle und die bessere Beschäftigung in der Eisenindustrie, nicht ändern, weil die spärliche Bekleidung hier auf besonderen Aufträgen, den bekannten Außenaufträgen, beruht.

Für die zukünftige Entwicklung muß man berücksichtigen, daß die politischen Verhältnisse starke Umwälze in die Wirtschaft tragen. Außerdem weiß man nicht, was der Bankrott in Nordamerika für Auswirkungen in Europa haben wird.

Für die Konjunkturforschung stellt das Konjunkturforschungsinstitut fest, daß die Preise weiter überhöhten „Anfolge der äußerlich beschränkten Kaufkraft der Verbraucher nicht sich überhaupt wie ein roter Faden durch den Bericht des Instituts. Darauf werden unter anderem die Rückgänge in der Ledererzeugnisse und Lederverarbeitung in der Industrie zurückgeführt, der gegenüber „die Handel und Konjunktur erneut zurückfallen“.

Die Lage des Handwerks wird als „aus äußerliche Gründe“ geschildert. Beim Einzelhandel sind die Umsatzziffern dieser Herkategorie. Die Bekleidung der Wirtschaft in der Industrie erklärt sich zum größten Teil auf Außenaufträgen. In der Eisenindustrie bestehen begründete Aussichten auf eine rasche Zunahme der Investitionstätigkeit (Neubauten) nicht. Die Preisgestaltung an den internationalen Eisenmärkten läßt auch eine baldige Erprobung nicht erwarten. Für die Textilindustrie werden stärkere Rückgänge befürchtet, nachdem sich bis November 1932 eine Art Sonderkonjunktur durchgesetzt hat. Der Zolldauerbrauch an Textilien bei feinerem Stoffe ist jedoch als gering bezeichnet. Wahrscheinlich hat auch der Jutebedarf in der Spielwarenindustrie, während der Außenbedarf auf erhebliche Schwierigkeiten läßt.

Gewerkschaftliches.

Zu den Zeitereignissen. Die Bezücker des Fachorgans „Der Schuhmacher“

möchten wir dahin aufklären, daß annehmbar das Blatt wieder regelmäßig im Umfange von vier Seiten erscheinen kann. Zur beschleunigten Zeit zurückzuführen hat sich nicht ermöglichen lassen, da die Freigabe des Druckereibetriebes bis jetzt noch nicht erfolgt. Die Bezücker unserer Zeitung bitten wir, die erfolgten Einschränkungen entschuldigend zu werten.

Die Erwerbungen der Gewerkschaftsarbeit auf dem unruhigen Gebiet in zwischen etwas abgeht. Die Erklärungen der Behörden auf Beschwerden der ADOB-Spitzenleitung hin lassen erwarten, daß die maßgebenden Stellen Wege suchen, um weiterer Vergewaltigung und der damit gegebenen Entwicklung zur Anarchie entgegenzutreten. Lediglich journalistische Treue und Chronizität veranlaßt uns auf die Vorfälle kurz zurückzukommen. Nach Mitteilungen an den Bundesvorstand des ADOB, waren in Berlin, Breslau, Chemnitz, Dresden, Hamburg, Kassel, Kiel, Königsberg, Leipzig, München, Zittau und wohl auch noch in anderen Orten die Gewerkschaften durchsucht und kürzere oder längere Zeit besetzt worden. Bis auf eine Anzahl von Städten wurden inzwischen die Gewerkschaftshäuser wieder freigegeben. Schon die Tatsache der Besetzung und Durchsuchung brachte mancherlei Unruhe und hindernde glatte Abwicklung der Geschäfte. Am 6. März wurde auch die Bundeschule in Bernau, nachdem sie von 300 SA-Leuten umstellt wurde durchsucht. Das Ergebnis der Durchsuchung nach Waffen war negativ, die SA rückte mit der Polizei wieder ab. Am 8. März, früh gegen 3 Uhr, haben jedoch erneut 40 SA-Leute die Bundeschule besetzt und den Unterricht gebrochen. Ihren Abrüstung nach Berlin durchgesetzt. Der Bundesvorstand des ADOB, hat sofort Verhandlungen mit dem Vizekanzler v. Papen und dem Reichskommissar in Preußen, Reichsminister Göring, aufgenommen. Die Verhandlungen hatten Erfolg. Die Schule wurde noch am Nachmittag des 8. März freigegeben.

Minister Göring hat bei dieser Gelegenheit die Vertreter des Bundesvorstandes ersucht, ihm alle Überfälle und Terrorakte auf Gewerkschaftshäuser und auf Funktionäre der Gewerkschaften zu melden, damit er unverzüglich eingreifen könne. Der Bundesvorstand hat sich an die Vorstände der einzelnen Verbände sowie an die Bezirkssekretäre des ADOB, gewandt, um eine rasche Berichterstattung solcher Übergriffe an die zuständigen Behörden und an den Bundesvorstand zu ermöglichen.

Die angerufenen Reichs- und preussischen Stellen sagten die Unterbindung der Terrorakte ausdrücklich zu. Teilweise, so im Falle der Bernauer Bundeschule und der Besetzung des Breslauer Gewerkschaftshauses, wurden sofort Anweisungen zur Räumung gegeben.

Der Bundesvorstand wird dafür Sorge fragen, daß die Aussagen der behördlichen Stellen auch verwirklicht werden. Er erwartet, daß die Funktionäre im gleichen Sinne bei allen Orts- und Bezirksbehörden, die zum Schutze der Bevölkerung berufen sind, tätig werden und von allen Vorkommnissen der Unruhe aus dem Mitteilung geben. In schweren Fällen ist den Reichs- und Landesbehörden unverzüglich Mitteilung zu geben. Es ist selbstverständlich, daß vorkommend das Eruchen um behördlichen Schutz immer an die zuständigen Beamten (Polizeipräsidium etc.) die nachfolgende höhere Stelle: Regierungspräsident) zu richten ist. Auseinandersetzungen mit den in die Verwaltungsstellen widerrechtlich eindringenden Personen haben keinen Sinn.

Selbstverständlich waren auch die einzelnen Zentralvorstände der Verbände bemüht, die Behinderung der Gewerkschaftsarbeit durch Unruhen abstellen zu lassen. Auch für Bayern ist inzwischen von der Zentralbehörde eingegriffen worden. In München hat das Ministerium des Innern u. a. verfügt, daß der geregelte Geschäftsverkehr der Gewerkschaften wieder aufzunehmen ist, daß aber keine Versuche gemacht werden dürfen, mit verbotenen politischen Organisationen oder mit deren Führern in Verbindung zu treten. Den Gewerkschaften wird jede parteipolitische Betätigung verboten.

Eine beunruhigende Note in das Gewerkschaftsleben brachten in diesen Tagen groß aufgemachte Meldungen einer gewissen Tagespresse über „geplante Eingriffe in das Gewerkschaftswesen“. Dürrierte Meldungen sind

kühl und mit Ruhe aufzunehmen. Im vorliegenden Falle hat man erfahren, daß zunächst Änderungen in den Vorschlagsrechten betreffend die Vertretungen der Gewerkschaften für die Arbeitsgerichte und den Reichswirtschaftsrat in Frage stehen. Wenn diese Änderungen in der Regelung im Gewerkschaftswesen beschäftigen das Reichskabinett, jedoch zu konkreten Beschlüssen ist es noch nicht gekommen. U. a. wurde in der Presse von einer geplanten „Reichsaussicht“ gesprochen, ähnlich wie bei der Privatversicherung. Wir können die Notwendigkeit zu einer solchen nicht erblicken, denn die Gewerkschaften haben allezeit über ihr Kassenswesen in aller Öffentlichkeit Rechnung abgelegt.

Die Verbandspublikationen darüber sind jedermann zugänglich. Es gibt wohl kaum eine zweite Institution, die eine derart öffentliche Publizität aufzuweisen hat. Aus alle Fälle, was im Schoße der Regierung jetzt erwogen wird, und was in Frage steht, sind offizielle Gesetzgebungsakte, zu denen offenbar nicht geschritten werden wird, ohne die Beteiligten, gehört zu haben.

Alle bisher in den Zeitungen verbreiteten Ansichten, man sprach von Zusammenlegungen, von der Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften, dergl. sind nichts als Vermutungen und Gerüchte. Die Tagespresse schrieb in den letzten Tagen, daß der Gedanke der Zusammenlegungsabsicht inzwischen wohl fallen gelassen sei. Ob auch ein Reichskommissar für die Gewerkschaften kommen wird, ist zweifelhaft. Nähere Verlautbarungen von Regierungseite sind auch bisher nicht erfolgt.

Aufrecht und treu dem Ziel!

Unsere gewerkschaftlichen Organisationen sind gewachsen an wirtschaftlicher Notwendigkeit. Im Wirtschaftskampf dem Unternehmer gegenüber können sich die Arbeiter nur behaupten, wenn sie sich zusammenschließen und ihre Interessen gemeinsam verteidigen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch solidarisches Handeln der Mitglieder in allen Lagen und Gefahren des Berufs, vornehmlich:

durch Beeinflussung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes, durch Hebung der fachtechnischen Kenntnisse der Kollegen, durch ein gut ausgebautes Unterstützungswesen.

Wir erstreben einen Lohn, bei dem Lebensfreude und Erhaltung der Arbeitskraft nicht Schaden zu leiden braucht, weiter: Urlaubs- und Freizeiten, in denen der Mensch zu neuer Leistung Atem schöpfen kann und schließlich, für den Fall der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und des Alters erstreben wir eine Vorsorge, die den Menschen nicht untergehen läßt.

Alle bisherigen gewerkschaftlichen Organisationen konnten nur deswegen in die Tat umgesetzt werden, weil unsere Kollegen von dem unbeugsamen Willen der kameradschaftlichen solidarischen Tätigkeit erfüllt waren.

Man sagt nun, eine neue Zeit sei angebrochen. Der Wahlkampf am 5. März 1933 hat die politischen Gewalten neu gestaltet. Aber auch in der kommenden Zeit braucht man zum Schutze der Arbeiter, zum Herstellen der Hauswirtschaft in der Hauswirtschaft Arbeiter und Arbeiterinnen. An dem Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ist durch die Wahlabsolut nicht geändert worden. Die wirtschaftlichen Interessen gegenüber werden in Zukunft ebensowohl forbestehen, wie die aus der gesamten Volkswirtschaft heraus sich ergebenden gemeinschaftlichen Interessen beider Gruppen.

Vor dem staatlichen Schlichtungsapparat, der auch wie vor besteht, wird es in gleicher Weise darauf ankommen, in welcher Weise die Organisationen ihre Interessen zu verteidigen vermögen. Vielleicht werden die Aufgaben um so schwieriger, sofern auf staatliche Mithilfe in der Lohngestaltung nicht bis heute zu rechnen sein wird und die Streitfälle mehr bezückerlich, oder gar betrieblich zum Austrag gebracht werden müssen. Wir können dieser Tage einen nationalsozialistischen Redner hören, der bestreitet, daß seine Partei gewerkschaftsgerecht sei; so sei im Gegenteil,

so meine er, die Zeit nicht mehr fern, in der alle bisherigen Druckgeber der Gewerkschaft anzugehören hätten. Es mag das auf der Linie des nationalsozialistischen Gedankens liegen, mit welchem Erfolg bleibe dahingestellt. Unser Ideal war stets die innere Erlassung des Menschen für den Verband. Um jeden einzelnen haben wir gerungen. Und eben deshalb haben wir den Gedanken der Solidarität in höchsten Glanz erstrahlen. Die ethische Tiefe des Gedankens des Helfenwollens und des Helfensmüssens ist allen unseren Berufskollegen unauflösbar in das Herz gepflanzt worden. In einer Zwangskameradschaft haben wir stets nur Unvollendetes, wenn nicht Auklärung des Gedankens des Helfenwollens und des Helfensmüssens ist allen unseren Berufskollegen unauflösbar in das Herz gepflanzt worden. In einer Zwangskameradschaft haben wir stets nur Unvollendetes, wenn nicht Auklärung des Gedankens des Helfenwollens und des Helfensmüssens ist allen unseren Berufskollegen unauflösbar in das Herz gepflanzt worden. In einer Zwangskameradschaft haben wir stets nur Unvollendetes, wenn nicht Auklärung des Gedankens des Helfenwollens und des Helfensmüssens ist allen unseren Berufskollegen unauflösbar in das Herz gepflanzt worden.

Alle diese Leistungen waren möglich, weil Mitgliederschaft und Verbandsleitung immer und überall uneingeschränktes Vertrauen zu einander bekundeten. Und das wird so bleiben, wenn dieser Geist des Vertrauens und des Zusammenhalts unerschütterlich bleibt. Die Zukunft liegt nicht rosig vor uns, sie wird uns Aufgaben vor Aufgaben stellen. Die Hauptlinie unserer Tätigkeit, Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wird im Vordergrund stehen. Die Interessenvertretung unserer Kollegen wird sie bisher durchgeführt, die Vertretung an den Gerichten und tariflichen Schlichtungsstellen wird wahrgenommen, die Unterstützungshilfe erledigt keine Unterbrechung.

Unsere Angestellten erklären sich wie vor mit Eifer ihre selbstverständliche Pflicht der Treue zu den Mitgliedern. Wir fordern aber auch von den Mitgliedern die gleiche Kraft der Gewerkschaft darf nicht durch Wankelmüt einzelner geschwächt werden. Alle, die es ernst meinen mit der Organisation, können dazu beitragen, daß Verzagtheit innerhalb unserer Kreise keine Stätte findet.

Es ist besonders zu betonen, daß dritte, der Organisation fernstehende Personen kein Recht haben, die Schularbeiterschaft zu irgendwelchen Aktionen aufzuführen.

Gerüchte laufen um, deren Herkunft unbekannt, und die nicht zu kontrollieren sind, Parolen werden ausgegeben, die die Lage in sich bergen, Unsicherheit wird verbreitet, um Verzerrung ganz zu Fall zu bringen. Verleumdungen werden in die Welt gesetzt, um die Mitglieder gegen ihre Führer scharf zu machen. — Ein aufklärendes Wort, jede Stümpfung einer Lüge scharf zurückweisen. Die Verbandsmitglieder! Kollegen! Glaubt nicht alles, was euch gesagt wird! Glaubt nicht einmal alles, was euch schwarz auf weiß gedruckt ist. Glaubt nichts als das, was ihr selbst gesehen habt. Seid vorsichtig bei Gesprächen über Gewerkschaftsfragen mit fremden Personen! Laßt euch nicht provozieren! Wendet euch in allen gewerkschaftlichen Fragen an unsere Verbandsfunktionäre!

Werdet unermüdet unter den uns noch fernstehenden Berufskollegen für unseren Verband. Auf diese Weise werden wir den auch die Aufgaben dieser Zeit zu meistern vermögen!

Vereinzelt sind wir nichts — vereint sind wir alles!

Der Weg der Gewerkschaften.

Das politische Deutschland hat sich neu formiert. Die Fronten sind seit dem 3. März folgendermaßen aufgeteilt: Die Regierungsparteien (Nationalsozialisten mit 288 und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mit 52) zählen 340 Mandate, während dem gegenüber die anderen Parteien (Sozialdemokraten mit 120, Kommunisten mit 81, Zentrum mit 73, Bayerische Volkspartei mit 19, Deutsche Volkspartei mit 2, Deutsche Staatspartei mit 5, Christlich-Sozialer Volksdienst mit 4, Deutsche Bauernpartei mit 2) insgesamt nur 307 Mandate besitzen. Unter anderem parlamentarischen Regime würden die Regierungsparteien auf Grund ihrer Stärke allein jedes ihnen genehme Gesetz durchdrücken können. Nun haben sie aber außerdem nach ihrem Wunsche zu einem Ermächtigungsgesetz die Zustimmung erhalten, das sie in den Stand setzt, je nach der wirtschaftlichen Interessenverbände sich geändert hat. Dazu gehören natürlich auch die großen Unternehmerorganisationen. Bezüglich der Gewerkschaften schrieb die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nach Beendigung der Reichstagswahl: „Die deutschen Gewerkschaften werden auch weiterhin, unabhängig von Parteien und Parteikonstellationen, ihre Pflicht erfüllen, die Pflicht, die ihnen auferlegt ist durch das Vertrauen ihrer Mitglieder, des Kerns der Arbeiterschaft.“

Ob Deutschland kein Italien ist, entscheidet sich in dem Augenblick, wo die Freiheit der Gewerkschaften gefährdet wird, jene Freiheit, die keine liberalistische Willkür, sondern die Voraussetzung jedes gerechten und dauerhaften wirtschaftlichen Ausgleiches in einem kulturell fortgeschrittenen Staate ist!

Wird Hitler auf diesem Gebiet vorgehen wie Mussolini? Mussolini ist heute der Oefangene des Industrie- und Bankkapitals, und zwar deshalb, weil er gegen die Willkür dieser Mächte kein Gegengewicht geschaffen hat. Er kann die unerschämten Forderungen des Kapitals nicht mit zurückweisen, daß er auf die Gewerkschaften als kräftige, national selbstbewußte Abwehrorganisation hinweist. Die selbständig geliebten Unternehmer und Bankfirmen würden ihm bei einem solchen Hinweis ins Gesicht lachen, denn sie wissen genau, daß die Gewerkschaften in Italien willenlose Organe der staatlichen Diktatur sind und daß Mussolini — wie er dies in den letzten Jahren mehrfach getan hat — nur Lohnerbatterungen zu diktieren braucht, um sie auch zur vorerwähnten Tatsache zu machen. Die Gewerkschaften des Unternehmers sind frei, während die Gewerkschaften des Arbeiter bloße Exekutivorgane Mussolinis sind. Aus diesen Gründen ist an die Stelle des alten liberalen

Staates in Italien nicht ein wirklich korporativer Staat getreten, sondern ein Diktator als letzte Stütze des Liberalismus...

haltenen Rede ausdrücklich wiederholt, daß das „was die deutsche Arbeiterschaft an gesunder Selbstverwaltung angeht, nicht zerschlagen werden soll“...

Annahme des Ermächtigungsgesetzes.

Die Reichsregierung hat am 23. März 1933 unter dem Vorzeichen der Reichsregierung vorgelegte Ermächtigungsgesetz mit 441 gegen 94 Stimmen angenommen...

Aus Schuhindustrie und Handwerk.

Schuharbeiterstreik in Amerika.

Ein unheilvoller Streik ist in amerikanischen Schuhfabriken im Gange. In einem Streik sind 2000 Arbeiter aus 38 Schuhfabriken beteiligt...

Winnern der nächsten fünf Jahre darf in Südschweiz keine neue Schuhfabrik eröffnet werden...

Winnern der nächsten fünf Jahre darf in Südschweiz keine neue Schuhfabrik eröffnet werden - nach dem Vorschlag, für die Produktion dürfen nur inländische Erzeugnisse benutzt werden...

Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie.

Vergleichende Angaben über die Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie Deutschlands und Großbritanniens.

Wie in Deutschland, so wird auch in Großbritannien von den Arbeitervereinigungen allmonatlich eine Zahlung der arbeitslosen Verbandmitglieder vorgenommen...

Die deutsche und britische Schuhindustrie i. J. 1930.

Neben den Fertigungskosten von Amerika haben England und Frankreich die bedeutende Schuhindustrie der Welt...

Table with 3 columns: 1930, Deutschland in Paar, Großbritannien in Paar. Rows include Gesamtproduktion, Gesamtverzeugung, Gesamtbeschäftigung, etc.

Reichsminister Goebbels über die Freiheit der Presse.

In einer Preisrede vor dem Reichstag hat Reichsminister Goebbels über die Freiheit der Presse gesprochen...

Erfolgreiche Betriebsratswahlen.

Die Wahl der Betriebsräte in den verschiedenen Betrieben hat in Deutschland zu einer Reihe von Erfolgen geführt...

Verbote von Gewerkschaftszeitungen.

Auf Grund der Rotverordnung wurden neuerdings mehrere Gewerkschaftszeitungen verboten...

Kontingents-Tarifatur.

Zu welchen merkwürdigen Ausrichtungen die Wirtschaftsführer führen kann, zeigt ein Vorfall, den dieser Tage der südschweizerische Schuhfabrikant Johann Frejeren...

Der Kollege neben dir.

Er fühlt mit mir, der Mitmensch, mein Leid, meine Freude - hast du je einmal etwas empfunden von solchem Gefühl? In den Stunden gerade des stärksten Erlebens...

Hundschau.

Mit Rücksicht auf die Wahrung des Reichsinteresses ist die Volkswirtschaft und Propaganda befreit...

Der Vermittlungsvorschlag des Gewerkschaftsrates von Schlichtungsausschüssen, Berlin, wonach für die Berliner Arbeitstransportbetriebe die alten Tarifverträge...

Personenwechsel im Statistischen Reichsamt. Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat den Präsidenten des Statistischen Reichsamts Professor Dr. Bogemann...

